

## **STAHL 2007**

**Internationaler Stahltag am 9. November 2007**

**Rede Stahl – Wettbewerb um Zukunft**

**Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

unsere Industrie steht vor großen Herausforderungen. Stahl muss mehr leisten, um seine Stellung als Werkstoff Nr. 1 gegenüber anderen Materialien zu verteidigen.

**(Bild 1)** VW-Chef Martin Winterkorn brachte es vor einem Monat bei der Jahrestagung des Weltstahlverbandes IISI in Berlin auf den Punkt:

Die Stahlindustrie habe viel in der Werkstofftechnik geleistet. Viele Innovationsschritte erfolgten allerdings erst durch Anstöße von Seiten der Stahlkunden. So musste uns erst „auf die Sprünge geholfen werden“. Er forderte mehr Eigeninitiative unserer Branche. Unsere Bemühungen bei der Entwicklung neuer Stähle müssten erhöht werden, um den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden. Autos müssten noch leichter werden, um Kraftstoffverbrauch und damit CO<sub>2</sub>-Emissionen weiter zu senken. Gleichzeitig müsse der Werkstoff ein Höchstmaß an Insassenschutz bieten. Soweit die Sichtweise eines Kunden.

Diese Position des Autochefs sollte uns ein Ansporn sein, unsere Aktivitäten in der Forschung zu intensivieren. Ich sehe dabei drei Faktoren, die damit untrennbar verbunden sind:

- ✓ Zunächst unsere wichtigste Ressource: der Mensch. Es sind die Leistungen und Ideen der Mitarbeiter, die unsere Branche auszeichnen. **(Bild 2)** Im aktuellen Fachkräftemangel sehe ich eine große Gefahr für unsere Innovationsbranche. So konnten laut einer Studie des IW Köln im letzten Jahr fast 50.000 Ingenieurstellen nicht besetzt werden.
  
- ✓ Eine weitere Herausforderung sehe ich in unseren Anstrengungen für Forschung und Entwicklung. Diese müssen deutlich gesteigert werden, um den internationalen Anschluss nicht zu verlieren. Gefragt ist ein beherztes

Engagement von Seiten der Industrie. Eine kraftvolle Antwort auf die Hightech-Strategie der Bundesregierung wird von uns erwartet.

- ✓ Drittens muss es uns gelingen, die Zusammenarbeit innerhalb der Wertschöpfungsketten weiter zu stärken. Es muss möglich sein, Werkstoffinnovationen noch direkter und zeitnaher umzusetzen. Unsere Netzwerke müssen noch enger geknüpft werden.

Der Wettbewerb um Zukunft mit den anderen Stahlerzeugungsregionen wird zunehmen. **(Bild 3)** Das einstige „Made in China“ wandelt sich Schritt für Schritt zu einem „Innovated in China“. Die chinesische Regierung ist bestrebt, das Land von einem reinen Produktionsstandort zu einer der führenden Innovationsquellen zu entwickeln. Das Land erhöht seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung laufend, während Deutschland stagniert. Wenn wir nicht unsere Anstrengungen erhöhen, unser Drei-Prozent-Ziel schnell zu erreichen, wird China uns bald überholen. Unsere gemeinsame Herausforderung ist es, Stahl aus Deutschland und Europa noch besser zu machen.

Meine Damen und Herren,

das Stahljahr 2007 liegt nun fast hinter uns und ich wage bereits jetzt festzuhalten: für die globale Stahlindustrie war ein hervorragendes Jahr. **(Bild 4)** Durch die weltweite Nachfrage setzte sich der Wachstumstrend der letzten Jahre unvermindert fort.

Die Welt-Rohstahlproduktion wird in diesem Jahr auf 1,33 Milliarden Tonnen steigen. **(Bild 5)** Ein erneutes Plus von fast 7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr ist zu verzeichnen. Das erfreulichste an diesem Trend ist: Das Stahlwachstum wurde nicht allein von den Schwellenländern getragen. Zwar sind vor allem China, Indien, Brasilien und Russland, die Wachstumslokomotiven des Stahlkonjunkturuges, aber auch die übrigen Weltregionen expandierten mit hoher Dynamik. Die Umsätze der Stahlproduzenten spiegeln dabei die gute Entwicklung wider.

Die spannenden Fragen sind nun: Werden die Stahlmärkte ihren Aufwärtstrend weiter fortsetzen? Wird sich die jüngste Finanzkrise in den USA auf die Weltkonjunktur auswirken?

Die Antwort lautet: Der Zug rollt weiter. Der weltweite Wachstumstrend wird sich weiter fortsetzen. Die Prognose des Weltstahlverbandes IISI rechnet für 2008 mit einer Zunahme der Stahlverwendung von 7 Prozent. Der Weltstahlmarkt expandiert das sechste Jahr in Folge mit einer Steigerung von über 5 Prozent. Für die globalen Stahlmärkte bildet das weltweite Wachstum somit eine stabile Basis für einen nachhaltigen Bedarf.

Auch die EU fährt 2008 im Wachstumstrend mit. Zwar ist mit einem etwas abgeschwächten Aufwärtstrend zu rechnen. Allerdings ist in dieser reinen Mengenbetrachtung nicht das qualitative Wachstum berücksichtigt. Dieses ist auf unserem innovationsstarken europäischen Markt besonders ausgeprägt.

Seit dem 1. Januar 2007 ist die EU um Rumänien und Bulgarien erweitert. Damit ist die Rohstahlkapazität der Union um etwa vier Prozent gestiegen. Die europäische Stahlindustrie bildet zusammen – mit einer Rohstahlproduktion von 207 Millionen Tonnen – die weltweit zweitgrößte Stahlregion der Welt nach China.

Meine Damen und Herren,

Deutschland erlebte in diesem Jahr erneut einen kräftigen Aufschwung, trotz dämpfender Faktoren wie Mehrwertsteuererhöhung, schwindelerregenden Ölpreisen und starkem Euro. **(Bild 6)** Das Brutto-Inlandsprodukt wird voraussichtlich mit 2,6 Prozent fast eine ähnlich hohe Wachstumsrate aufweisen wie im Vorjahr. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland stand in diesem Jahr auf einer sicheren Grundlage. Dazu drei Anmerkungen:

- ✓ Die Industrie ist das Fundament der guten konjunkturellen Entwicklung in unserem Land. So zeigte sich bei der Entwicklung der industriellen

Produktion, dass die Zuwachsraten deutlich über dem des Bruttoinlandsproduktes lagen. Wir erleben eine Renaissance der Industrie.

- ✓ Bei den Stahlverarbeitern findet zunehmend eine Rückbesinnung auf die Stärken des Wirtschaftsstandortes Deutschland statt. In einer Umfrage des VDMA gaben 72 Prozent der deutschen Maschinen- und Anlagenbauunternehmen an, ihre Betriebe in Deutschland weiter auszubauen. Sie würdigen damit das innovative Klima unseres Landes sowie die hochqualifizierten und motivierten Mitarbeiter.
  
- ✓ Wenn es der Industrie gut geht, ist dies ein Gewinn für den Arbeitsmarkt und damit für ganz Deutschland. In diesem Jahr wurden 61.000 neue Ausbildungsplätze in der Wirtschaft geschaffen: Ein Zuwachs von 8,3 Prozent. Vor allem in der Industrie stieg die Quote um 9,3 Prozent. Eine gesunde Wirtschaft ist demnach die beste Medizin für mehr Ausbildung und Beschäftigung.

Die Stahlindustrie zeigte sich in den ersten neun Monaten als einer der großen Wachstumstreiber der deutschen Wirtschaft. **(Bild 7)** Die Stahlnachfrage wird in diesem Jahr zwischen 5 und 6 Prozent zulegen, die Rohstahlproduktion um voraussichtlich drei Prozent steigen – auf dann 48,6 Millionen Tonnen. So viel Stahl wurde noch nie seit der Wiedervereinigung in Deutschland produziert.

Aber auch der Blick auf die Entwicklung der Umsätze zeigt, dass der Erfolg unserer Industrie schon lange nicht mehr allein an der Tonnage festzumachen ist. **(Bild 8)** Wertschöpfung stand auch in diesem Jahr im Zentrum unserer Branche. Der Umsatz wuchs zum fünften Mal in Folge. Es ist damit zu rechnen, dass unsere Industrie zum ersten Mal die 45 Milliarden Grenze überschreiten wird. Eine beachtliche Leistung.

Allerdings muss auch festgehalten werden, dass der deutsche Stahlmarkt, nach der fulminanten Entwicklung der letzten Monate, eine Verschnaufpause eingelegt hat. Die Lieferungen stabilisierten sich und bei den Aufträgen wurde ein Gang zurück geschaltet. Ursache sind die Lagerbestände entlang der gesamten

Distributionskette, die sich aufgrund der drastisch gestiegenen Importe aus China gebildet hatten. Diese Bestände müssen gegenwärtig abgebaut werden. Aus diesem Grund dürfte der Knick im Auftragseingang nur ein temporäres Phänomen sein.

Was können wir also 2008 erwarten?

Ein sicheres Fundament bilden nach wie vor die Kunden der Stahlindustrie, die sich durch eine robuste Konjunktur auszeichnen. **(Bild 9)** So ist im Maschinenbau ein Erlahmen der Auftriebskräfte nicht erkennbar. Der Fahrzeugbau läuft in diesem Jahr viel besser als erwartet, getrieben durch einen außergewöhnlich kräftigen Export und die gute Entwicklung bei den Nutzfahrzeugen. Zudem ist 2008 mit einer Erholung des Inlandsmarktes zu rechnen. Sicherlich wird in 2008 die Konjunktur der Stahlverarbeitenden Branchen nicht so dynamisch sein. Sie steht aber auf einem soliden Basis, denn wir sehen für alle unsere großen Kundenbranchen einen steigenden Stahlbedarf.

Neben diesen guten Nachrichten gibt es auch Risikofaktoren, die sich im kommenden Jahr auf die konjunkturelle Entwicklung auswirken können:

- ✓ Von den Wechselkursen gehen bereits erste Bremswirkungen auf die Konjunktur aus. So haben die Exporte in die Länder außerhalb der EU im bisherigen Jahresverlauf um 6 Prozent nachgegeben und sind im August mit minus 30 Prozent regelrecht eingebrochen.
- ✓ Die Importentwicklung bei Stahl bleibt weiterhin angespannt. Ursache dafür sind in erster Linie die Importe aus China, auf die ich später noch zurückkomme. Seit Beginn des Jahres 2006 hat sich die EU von einem Nettoexporteur in einen Nettoimporteur gewandelt.
- ✓ Die Situation auf den Rohstoffmärkten bleibt auch 2008 angespannt. **(Bild 10)** Die Preise bei den wichtigen Rohstoffen befinden sich in einem deutlichen Aufwärtstrend. Die Produzenten von Eisenerz und Kohle versuchen bereits seit längerem die schwierige Versorgungslage auszunutzen, um Stimmung für die kommenden Verhandlungsrunden zu

machen. Derzeit deuten alle Anzeichen auf den relevanten Märkten darauf hin, dass es für die Stahlproduzenten zu einem neuen beträchtlichen Kostenschub auf der Rohstoffseite kommen dürfte. Verstärkt wird der generelle Kostendruck bei den Basisrohstoffen durch die steigenden Frachtraten beim Übersee-Transport. Kurz gesagt: Rohstoffe bleiben auch 2008 knapp und teuer!

Meine Damen und Herren,

die Basis für eine fortgesetzte Stahlkonjunktur ist weiter vorhanden. Allerdings zeigte sich auch, dass Wachstum kein Selbstläufer ist. **(Bild 11)** Die zunehmend sichtbaren Konjunkturrisiken bestätigen das. Wachstum muss immer wieder neu erarbeitet werden. Dazu gehören innovative Produkte und unternehmerisches Geschick - aber auch eine Politik, die den richtigen Rahmen bietet, damit sich die Unternehmen entwickeln können und ihre Stärken voll ausspielen können.

Aktuell drängt sich mir jedoch der Eindruck auf, dass manche Politiker angesichts der guten Konjunktur glauben, die Reformagenda unseres Landes sei nun zu einem Großteil abgeschlossen. So richtet sich ein Koalitionspartner bereits mit einem Linksruck wahltaktisch auf die zweite Hälfte der Legislaturperiode ein.

Dem politischen Stillstand muss ich entschieden widersprechen. Statt Sorglosigkeit sollte die Große Koalition weiter Wachstumsvorsorge betreiben. Das Reformtempo darf nicht gedrosselt, sondern muss im Gegenteil sogar erhöht werden. Ich spreche dabei von geeigneten Bausteinen, die wir, aber auch die Politik legen müssen, damit unser Standort auch in Zukunft in der Weltwirtschaft eine wichtige Rolle spielen wird. Denn ein internationaler Wettbewerb bietet einerseits zahlreiche Chancen für unsere Industrie. Er stellt an uns aber auch eine Fülle von Anforderungen.

Ein Baustein für unsere Wettbewerbsfähigkeit ist eine nachhaltige Gestaltung des Umweltschutzes. Ein Prüfstein dafür ist der CO<sub>2</sub>-Emissionsrechtehandel. Solange er nicht weltweit unter Einschluss aller bedeutenden Stahlregionen ausgeübt wird, belastet er die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie in Deutschland und Europa. Absolute Emissionsbegrenzungen wirken wie Beschränkungen für das

Produktionswachstum, weil der Kauf von zusätzlichen Zertifikaten am Weltmarkt nicht finanzierbar ist. Ohnehin hat die Stahlindustrie bereits heute ihre Potenziale für die CO<sub>2</sub>-Reduzierung weitgehend ausgeschöpft. Die Folge sind Verlagerungen von Produktion und Emissionen ins außereuropäische Ausland. Dies ist auch aus dem ökologischen Blickwinkel kontraproduktiv.

Die europäische Stahlindustrie hat daher für die Zeit nach 2012 einen Vorschlag für ein sektorales Emissionshandelssystem entwickelt, das die Bedingung der Nachhaltigkeit erfüllt. **(Bild 12)**

Kern des Vorschlags ist eine kostenlose Zuteilung, die sich ausschließlich nach der Emissionseffizienz richtet. Dabei wird die Zuteilung der Emissionszertifikate anders als bisher. ex post an die Produktion angepasst. Die Stahlerzeuger erhalten für jede Tonne ihres Produktes eine Zuteilung in Höhe des europaweiten Durchschnitts der Emissionen. Sie haben einen fortwährenden Anreiz, ihre Emissionen gegenüber dem Durchschnitt zu senken. Dieses System würde auch für schnell wachsende Schwellenländer wie China und Indien eine größere Attraktivität zur Teilnahme bieten, da es nicht mit Einschränkungen für deren industrielles Wachstum verbunden wäre.

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Es liegt nun an der Politik, unsere guten Vorschläge aufzugreifen und unseren Wirtschaftsstandort zu stärken. Aus der Bundesregierung haben wir Unterstützung zugesichert bekommen. Aus Brüssel erreichen uns in diesen Tagen allerdings höchst beunruhigende Signale. Die kostenpflichtige Vergabe der Emissionszertifikate nach 2013 scheint bereits ausgemacht – sie hat sogar im neuen Grundsatzprogramm der SPD Niederschlag gefunden. Mit allen Kräften müssen wir uns einer Auktionierung von Emissionszertifikaten entgegenstellen und uns für unsere Wettbewerbsfähigkeit einsetzen.

Meine Damen und Herren,

das Jahr 2007 stand ganz im Zeichen der Energie- und Klimapolitik. Die Weichenstellungen für den Energiemix im Jahr 2020 sind angesichts steigender

Energiepreise für die Stahlindustrie von großer Bedeutung. Der Bundesumweltminister wirbt für eine „ökologische Industriepolitik“, die auf den Leitmarkt der Umwelttechnik setzt und eine ehrgeizige Klimapolitik als Instrument der Wirtschaftsförderung versteht. Dies ist ein Irrweg. Nicht eine ökologische, sondern eine nachhaltige Industriepolitik benötigen wir, die nicht nur unter dem Blickwinkel der Umwelt, sondern vor allem auch unter dem der Wirtschaftlichkeit definiert wird. Um diesen Beitrag zu sichern, müssen die energiepolitischen Rahmenbedingungen stimmen. So darf neben der Ökologie die Ökonomie nicht aus den Augen verloren werden. **(Bild 13)** Gemeinsam mit anderen energieintensiven Industrien haben wir von dem Forschungsinstitut Energy Environment Forecast Analysis EEFA im Auftrag der energieintensiven Industrien ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Kosten der Energiepolitik beziffert. Das Ergebnis: Die Strategie der Bundesregierung, den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf 25 Prozent auszubauen und zugleich aus der Kernenergie auszusteigen, belastet die deutsche Volkswirtschaft mit 175 Mrd. Euro bis 2030. Die Großhandelspreise für Strom würden um 50 Prozent steigen. Auf 45 Mrd. Euro ließen sich die Kosten hingegen senken, wenn die Kernenergie weiter genutzt und der Ausbau erneuerbarer Energiequellen nicht länger staatlich subventioniert würde.

Die Machbarkeit der Bundesregierung Deutschland auf eine Treibhausgasreduzierung um 40 Prozent bis 2020 festzulegen, werden durch eine andere Studie widerlegt, an der auch die Wirtschaftsvereinigung Stahl beteiligt ist. **(Bild 14)** Im Auftrag des BDI hat McKinsey ermittelt, dass bis 2020 lediglich eine Emissionsverringerung um 26 Prozent wirtschaftlich möglich ist. Für die Stahlindustrie zeigt die Studie nur noch geringfügige Potenziale zur Absenkung der Emissionen. Das Verfahren der Kohlenstoffabscheidung wäre auch 2030 mit Vermeidungskosten von über 50 Euro je Tonne CO<sub>2</sub> verbunden und im internationalen Wettbewerb nicht finanzierbar. In bestimmten Umfang hat zwar auch die Stahlindustrie noch Möglichkeiten für eine Optimierung des Energieeinsatzes, etwa bei der Nutzung von Prozessenergien. Die Kosten liegen aber meist so hoch, dass eine Umsetzung nicht ohne weiteres wirtschaftlich ist. Um solche Potenziale zu erschließen, müssen die Anreize richtig gesetzt werden. Immer neue Belastungen durch den Emissionshandel oder die Kosten des EEG-Gesetzes sind jedenfalls der falsche Weg.

Vor allem die jüngsten Informationen zur **Neufassung des EEG** sind besorgniserregend. Dabei soll auch der industrielle Eigenstrom mit der EEG-Umlage belasten werden. Die integrierten Hüttenwerke nutzen den aus Kuppelgasen bei der Eisen- und Stahlerzeugung erzeugten Strom für den Eigenbedarf. Würde diese umweltpolitisch sinnvolle Nutzung der Kuppelgase durch die EEG-Umlage belastet, hieße das jährlich 100 Millionen Euro Zusatzkosten. Diese Gesetzesänderung soll im Bundeskabinett am 5. Dezember verabschiedet werden. Und das, obwohl es ökologisch kontraproduktiv ist. Denn die Verwertung von Kuppelgasen führt zu Energieeinsparungen und zu einer höheren Energieeffizienz. Der Anreiz, zusätzliche Anlagen für den Einsatz von Kuppelgasen zu bauen, wird deutlich verringert.

Der Standort Deutschland darf nicht weiter belastet werden. Nur so kann die industrielle Wertschöpfungskette die erforderlichen Technologien zur globalen Treibhausgasminderung beitragen. Tatsächlich hat die Stahlindustrie in Deutschland beachtliche Erfolge vorzuweisen. **(Bild 15)** Wir dürfen nicht müde werden, diese öffentlich zu vertreten. Wir sagen: Der Stahl ist nicht das Problem, sondern die Lösung. Die hohe Funktionalität gibt dem Werkstoff seinen höheren Wert in der Anwendung, um Umweltschutz und Wohlstandswachstum zu verbinden. Hochleistungsstähle tragen dazu bei, z.B. Fahrzeuge leichter zu machen und Kraftwerke effizienter. Wir als Stahlindustrie haben in Sachen Energie- und Ressourceneffizienz viel zu bieten. Wir können selbstbewusst auftreten und unsere Leistungen auch offen vortragen. Wir haben die Lösungen für die Fragen von morgen, nach denen die Politik sucht.

Meine sehr geehrten Damen, meine Herren,

wenn es gelingt, in Deutschland und Europa die politischen Rahmenbedingungen zu schaffen und Wachstumsvorsorge zu betreiben, dann blickt unsere Industrie in eine gute Zukunft. **(Bild 16)** Allerdings möchte ich auf einige Regeln hinweisen, die mit einem zusammenwachsenden weltweiten Stahlmarkt einhergehen müssen. Ich spreche von **Marktspielregeln**, ohne die ein fairer Wettbewerb um Zukunft nicht denkbar ist. Vor allem in wachstumsschwächeren Zeiten kommt es auf die

Einhaltung dieser Regeln an, um ein prosperierendes Stahlgeschäft zum Nutzen aller sicherstellen zu können. Ich möchte hier exemplarisch **drei Spielregeln** darstellen, die in den letzten Wochen besonders in den Fokus traten:

1. Als erstes der **freie und faire Handel auf den Weltstahlmärkten**: Der Stahlmarkt der Europäischen Union ist durch einen intensiven Wettbewerb gekennzeichnet. Unter Beachtung der Regeln der Welthandelsorganisation WTO haben Drittlandsanbieter freien Zugang und stoßen bei uns weder auf irgendwelche Zollschränken, noch auf Handelshemmnisse. Wir bekennen uns offen zum freien und fairen Wettbewerb auf den globalen Stahlmärkten.

Im letzten Jahr hat sich China mit einem Exportüberschuss von gut 32 Mio. t erstmals zu einem bedeutenden Nettoexporteur entwickelt, nachdem zuvor stets mehr importiert als exportiert wurde. 17 Prozent der chinesischen Exporte gehen in die EU. **(Bild 17)** Damit ist die EU nach Asien für das Reich der Mitte der zweitwichtigste Markt. In diesem Jahr wird China voraussichtlich 12 Mio. t in die EU exportieren, mehr als doppelt soviel wie letztes Jahr. 2005 wurde erstmals über 1 Mio. t geliefert. Eine solche Dynamik von Exportsteigerungen aus einem einzelnen Land ist bislang ein einmaliges Phänomen, das wir nicht voraussehen konnten. Dabei erscheint nach aller Erfahrung klar, dass derartige Marktanteilssteigerungen in einem derart kurzen Zeitraum nur über unfaire Handelspraktiken möglich sind.

Die europäische Stahlindustrie hat ein Anrecht darauf, vor unlauteren Handelspraktiken dritter Länder geschützt zu werden. Dies gilt umso mehr, als die Stahlindustrie in Deutschland und der übrigen EU weltweit zu den leistungsfähigsten Erzeugern überhaupt gehören und sich stets zu einem freien Wettbewerb in den globalen Stahlmärkten bekannt hat und weiterhin bekennt. Aber: Es ist nicht fair gegen Drittlandsanbieter antreten zu müssen, denen die bei uns hochgehaltenen Standards in Feldern wie Wettbewerb, Umwelt, Soziales und Schutz geistigen Eigentums fremd sind. China betreibt eine aggressive Exportpolitik, die Marktanteilsgewinne durch gedumpte Niedrigpreise derzeit vor allem in der EU anstrebt.

Alle Bemühungen der Europäischen Kommission, eine politische Lösung zu finden, sind gescheitert. Letzte Woche hat daher der europäische Stahlverband Eurofer bei der Europäischen Kommission in Brüssel zwei Antidumpingklagen eingereicht: Gegen gedumpte Einfuhren von feuerveredelten Blechen aus China und nichtrostenden kaltgewalzten Blechen aus China, Taiwan und Südkorea. Die europäische Stahlindustrie bereitet weitere Antidumpingklagen für die Produkte Walzdraht und Grobblech aus China vor.

Wir bauen darauf, dass diese Klagen auch durch die Bundesregierung flankiert werden. Dabei geht es nicht darum, den offenen europäischen Stahlmarkt für die beklagten Länder zu schließen, sondern faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen. Um tiefgreifenden Schaden von der international höchst leistungs- und wettbewerbsfähigen Stahlindustrie in Deutschland und der übrigen EU abzuwenden, ist eine umgehende Einleitung der Untersuchungen und Einführung vorläufiger Antidumpingzölle durch die Europäische Kommission dringend erforderlich.

2. Als zweite Marktspielregel möchte ich auf den Anfang der Wertschöpfungskette Stahl verweisen. Für die materialintensive Stahlproduktion ist eine sichere und kostengünstige **Rohstoffversorgung** eine Grundvoraussetzung. Im vergangenen Jahr und auch aktuell zeigte sich, dass Handelshemmnisse im Rohstoffbereich in einem nicht gekannten Ausmaß zunahmen. So hat sich ein dynamischer Prozess in Gang gesetzt: Ich sehe mit Besorgnis, dass viele bedeutende Rohstoffländer ihre heimischen Märkte abschotten. Ein generell weiter fortschreitenden ‚**Rohstoffprotektionismus**‘. Unsere Erfahrungen zeigen mir: Eine wirksame Bekämpfung der Versorgungsrisiken kann weniger durch nationale Alleingänge, sondern nur durch ein entschlossenes politisches Vorgehen auf europäischer oder internationaler Ebene erfolgen. Denn die Politik ist immer dann gefordert, wenn marktwirtschaftliche Regeln außer Kraft gesetzt werden und der freie und faire Wettbewerb beschränkt oder verzerrt wird.

3. Meine Damen und Herren, als letzte Marktspielregel möchte ich auf den **Schutz geistigen Eigentums** eingehen. Wissen gehört zum Kapital eines Unternehmens, Wissensvorsprung sichert seine Marktposition. Ohne einen wirksamen Schutz unseres Know-hows gibt es keine ausreichenden Potentiale für Forschung und Entwicklung sowie für Investitionen in neue Technologien.

Ich möchte nicht verschweigen, dass sich auf diesem Gebiet in den letzten Jahren einiges getan hat. Viele Schwellenländer haben entsprechende Rechtssysteme aufgebaut. Diese müssen jedoch auch angewendet werden! In den betreffenden Ländern muss man sich auch **kulturell dem Gedanken öffnen**, dass Know-how ein schützenswertes Gut ist. Mittelfristig wird man den Nutzen des Schutzes des geistigen Eigentums für ihre heimische Wirtschaft erkennen.

Meine Damen und Herren,

unsere Industrie steht in einem harten globalen Wettbewerb. Standortfaktoren und die individuellen Stärken der Stahlunternehmen werden immer wichtiger. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt mir jedoch: Es gibt viele gute Argumente für Stahl aus Deutschland und Europa. Unsere Branche ist innovativ, effizient und wettbewerbsstark.

Allerdings müssen wir auch wichtige Aufgaben lösen, um unsere Spitzenposition auch zukünftig halten und weiter ausbauen zu können. So müssen wir unsere Anstrengungen im Bereich der Forschungs- und Entwicklungen weiter ausbauen. Unsere Erfolge sollten uns darin bestätigen. Allerdings brauchen wir auch politische Unterstützung, wie z. B. in den Bereichen Energie- und Klima sowie im Außenhandel exemplarisch dargestellt.

Nur so kann Stahl seine Fähigkeiten voll ausspielen, um sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten – in unserem „**Wettbewerb um Zukunft**“.